

**Anträge für die Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung am 31. März 2025**

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangs- datum	zust. Aus- schuss	Zustän- dige/s Amt /Ämter
<b>Anträge</b>				
210	Antrag der AfD-Fraktion: Kein juristischer Wilder Westen in Fuldas Waffenverbotszone- Hinweisschilder	2025-03-17	HFA	30
211	Antrag der SPD/Volt-Fraktion: 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplans bis zu den Sommerferien im DWA behandeln	2025-03-17	DWA	61
212	Antrag der CDU-Fraktion: Bericht zum Fahrzeugpark und den technischen Geräten	2025-03-18	ABK	69
213	Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung eines Akteneinsichtsausschuss zu Verträgen der Stadt Fulda mit dem Verein „Welcome In! Fulda e.V.“	2025-03-18	<b>Feststellung in der SV</b>	51
214	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grünen: Wiederverwendbare Mehrwegbecher bei Großveranstaltungen	2025-03-18	HFA	81
215	Antrag der Fraktion: Bündnis 90/Die Grünen: Einrichtung von Naschpyramiden in der Innenstadt	2025-03-18	ABK	61
216	Antrag der Fraktion: Fachkräfte in der Region Fulda	2025-03-18	DWA	80
217	Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zu Verträgen und Förderungen des Vereins „Fulda stellt sich quer e.V.“ durch die Stadt Fulda	2025-03-18	<b>Feststellung in der SV</b>	51

# Antrag

der AfD Stadt-Fraktion

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 17 März 2025

*C. Re.*

210



AfD Fulda · Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

AfD - Stadtfraktion

Frank Schüssler (stellv. Fraktionsvorsitzender)

[frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de](mailto:frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Berichterstatter

FRANK SCHÜSSLER

Datum

16.03.2025

## **Kein juristischer Wilder Westen in Fuldas Waffenverbotszone. >>> Bürger-Falle durch Aufstellung von Hinweisschildern entschärfen.**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,**

**an allen Zugängen zur Waffenverbotszone in der Fuldaer Innenstadt werden entsprechende Hinweisschilder installiert, um die nötige Rechtssicherheit für Bürger und Behörden herzustellen.**

### Begründung:

Am 01.03.2025 trat in der Fuldaer Innenstadt eine Waffenverbotszone in Kraft. Hiernach ist dort das Mitführen von Waffen im Sinne des § 1 Abs. 2 WaffG sowie von Messern verboten. Laut einem Bericht der Hessenschau will die Stadt jedoch keine Hinweisschilder installieren.<sup>1</sup>

Die Grenzen der Waffenverbotszone sind ausgefranst und unübersichtlich. Straßen und Bürgersteige an den Randbereichen liegen teilweise innerhalb dieser Zone, dann wieder außerhalb. Insgesamt gibt es vielfältige Zuwegungen, die in das Innere der Verbotszone führen. Nirgendwo existieren Hinweisschilder, welche die Passanten darauf hinweisen, daß sie gerade dabei sind, eine Waffenverbotszone zu betreten.

Es ist insbesondere für Touristen, Durchreisende und Tagesgäste unmöglich zu wissen, ab wann sie sich in einer Waffenverbotszone befinden, wo diese beginnt und wo sie wieder endet. Selbst Einheimische werden vielleicht noch antizipieren können, daß sich der absolute Kernbereich, wie z.B. die Bahnhofstraße, der Uniplatz oder Teile der Altstadt innerhalb der Verbotszone befinden, aber nach außen hin wird immer weniger greifbar, wo diese Grenze verlaufen könnte.

<sup>1</sup> <https://www.hessenschau.de/panorama/waffenverbotszone-in-fulda-in-kraft-getreten-v1,waffenverbotszone-in-fulda-gilt-100.html>

Dieser Gedanke kann aber dahinstehen, da Bürger nicht zu vermuten haben, ob sie gerade eine Vorschrift verletzen, sondern konkret wissen müssen, ab wann dies der Fall ist. Somit gerät die Fuldaer Waffenverbotszone als ein Akt der Symbolpolitik ohne nennenswerten praktischen Nutzen durch eine fehlende Beschilderung zusätzlich noch zur Bürger-Falle.

Egal ob nun Opa Heinrich und Tante Gerda – als rechtschaffende und im Einklang mit der Rechtsordnung lebende Bürger – mit ihrem Schweizer Taschenmesser ohne Vorsatz in die Mühlen der Justiz geraten, oder zufällig doch diejenigen, die hauptsächlich an der Erosion unserer inneren Sicherheit Schuld sind – in beiden Fällen werden juristische Stürme entfacht, an deren Ende die Stadt Fulda den Kürzeren zieht.

Denn niemand käme je auf die Idee, eine Geschwindigkeitskontrolle in einer 30er-Zone durchzuführen, die gar nicht als solche ausgeschildert ist. Gleichermaßen verhält es sich mit einer nicht ausgeschilderten Waffenverbotszone. Sämtliche Bußgeldbescheide würden am Ende gerichtlich niedergeschlagen werden, da die Betroffenen gar nicht wissen konnten, sich in einem Bereich mit besonderen rechtlichen Einschränkungen zu befinden.

Das Prinzip der Rechtssicherheit erfordert, daß Gesetze und Verordnungen klar und verständlich sind, damit Bürger ihre Handlungen entsprechend anpassen können. Wenn eine Person nicht wissen kann, daß sie sich aufgrund fehlender ordnungsgemäßer Kennzeichnung in einer Waffenverbotszone befindet, dann kann ihr unabsichtliches Zuwiderhandeln auch nicht sanktioniert werden.

Schlimmer noch: Es besteht die ernste Gefahr der Entstehung einer juristischen Zweiklassengesellschaft. Wer als Betroffener die Rechtslage nicht kennt, wird das ungerechtfertigte Bußgeld möglicherweise zahlen, während andere über den Klageweg den falschen Bußgeldbescheid abwehren können. Hinzu kommt noch ein erheblicher Kosten- und Zeitaufwand sowohl für die betroffenen Bürger, als auch die Stadtverwaltung selbst.

Im Falle von Opa Heinrich und Tante Gerda ist dies dann sogar doppelt bitter. Erst geraten sie als Menschen, von denen ohnehin keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht, ungerechtfertigt ins Visier der Ordnungsbehörden, um anschließend auch noch mit hohen Kosten konfrontiert zu werden. Entweder in Form eines bezahlten unrechtmäßigen Bußgeldbescheids oder in Form von Anwalts- und Gerichtskosten.

Der juristische Wilde Westen in Fuldas Innenstadt muss beendet werden. Eine dringend notwendige Rechtssicherheit für alle Beteiligten gibt es nur mit einer adäquaten Hinweisbeschilderung an allen Zugangspunkten zur Waffenverbotszone.

Nach Schätzungen der AfD Fraktion handelt es sich dabei um ca. 44 Zugänge. Ein Hinweisschild der Größe 90 x 60 cm beträgt etwa 99,00 Euro.<sup>2</sup> Diese rund 4.400 Euro sind gut angelegt. Zeigt die Stadt Fulda damit doch, daß sie rechtskonform arbeitet und die Bürger nicht in eine juristische Zweiklassengesellschaft manövrieren will.

Mit freundlichen Grüßen

  
**Frank Schüssler**  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

  
**Pierre Lamy**  
- Fraktionsvorsitzender -

<sup>2</sup> <https://www.deinschilderdruck.de/betriebsbeschilderung/betriebsschilder-u.-hinweise/betriebskennzeichnung/9268/hinweisschild-waffenverbotszone-verordnung-ueber-das-verbot-des-fuehrens-von-waffen-mit-ihren-angaben-polizeibehoerde>

Eing.: 17. März 2025

*L. Ke.*

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schlossstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
36010 F U L D A

Schlossstr. 5  
36037 Fulda  
Tel.: 0661/73600  
Fax 0661/9016314  
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de  
12.03.2025

## **A N T R A G**

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

die geplante Fortsetzung der 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplans bis zu Beginn der diesjährigen Sommerferien im Ausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Verkehr zu behandeln.

### Begründung:

Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2024 erfolgte keine weitere Umsetzung der 3. Fortschreibung. Damit die nächsten Maßnahmen baldigst umgesetzt werden können, ist eine zeitnahe Diskussion im Fachausschuss notwendig.



Jonathan Wulff  
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter  
Robert Vey

212

Die Stadtverordnetenvorsteherin  
Eing.: 18. März 2025  
G. Ka.



**CDU** Stadtverordnetenfraktion Fulda

**Christlich Demokratische Union** Bankverbindung:  
Stadtverordnetenfraktion Fulda Sparkasse Fulda  
Schlossstr.1 36037 Fulda IBAN DE87530501800040027438  
BIC HELADEF1FDS  
Tel.: 0160 6110443  
E-Mail: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
36037 Fulda

Fulda, 17.03.2025

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion  
betreffend **Bericht zum Fahrzeugpark und den technischen Geräten**

# ANTRAG

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die CDU-Fraktion stellt einen Berichts Antrag zum bestehenden Fuhrpark sowie zu den technischen Geräten beim Amt für Grünflächen und Stadtservice, insbesondere hinsichtlich des Anteils alternativer Antriebsarten.

Patricia Fehrmann  
Fraktionsvorsitzende

i.A. Steffen Werner  
Fraktionsassistent

# Antrag der AfD-Fraktion

213



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 17 März 2025

*[Handwritten signature]*

AfD · Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

17.03.2025

## Einrichtung eines Akteneinsichtsausschuss zu Verträgen der Stadt Fulda mit dem Verein „Welcome In! Fulda e.V.“

Die AfD-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

**Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,**

**die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschuss gemäß § 50 Absatz 2 HGO.**

**Gegenstand des Ausschusses sind:**

**alle vertraglichen Beziehungen der Stadt Fulda mit dem Verein „Welcome In! Fulda e.V.“, insbesondere hinsichtlich der Förderung des Stadtteiltreffs für die Fuldaer Innenstadt sowie aller weiteren Projekte, welche die Stadt mit dem Verein unterhalten hat und/oder noch unterhält, insbesondere im Bereich Integration und Veranstaltungen.**

### Begründung:

Der Verein „Welcome In! Fulda e.V.“ stellt sich zunehmend als politisches Vorfeld dar. Im Bundestagswahlkampf wurde diese politische Ausrichtung des Vereins besonders deutlich, obwohl der Verein als Empfänger öffentlicher Fördermittel zur politischen Neutralität verpflichtet sein sollte. So schien der Verein bei einer öffentlichen Veranstaltung und Podiumsdiskussion bestimmte Parteien zu bevorzugen, während andere, wie die AfD, nicht eingeladen wurden<sup>1</sup>. Vereinsvorstand und Mitglied des Magistrats Fulda Jochen Kohlert bezeichnete dieses Vorgehen als "demokratische Entscheidung", was die Frage aufwirft, inwieweit dies mit der Neutralitätspflicht vereinbar ist, die für öffentlich geförderte Vereine gelten sollte.

Es ist daher dringend zu prüfen, ob der Verein hier die notwendige Distanz zwischen öffentlichem Interesse und „überparteilichem Anspruch“, wie es die Stadt Fulda durch die in der

<sup>1</sup> <https://osthessen-news.de/n11772187/migration-integration-menschenrechte-wie-soll-es-in-deutschland-weitergehen.html>

Antwort auf die kleine Anfrage unserer Fraktion<sup>2</sup> genannten Projekte verfolgen möchte, und parteipolitischen Interessen wahr.

Insbesondere muss geprüft werden, dass keine staatlichen Fördermittel über den Umweg des Vereins zu einer Förderung von einzelnen Parteien missbraucht wurde. Seit 2017 erhält der Verein finanzielle Unterstützung von der Stadt Fulda, und seit 2020 ist er laut eigener Aussage "stolz Träger des ersten Stadteiltreff für die Fuldaer Innenstadt". Zudem erhält der Verein Projektförderungen der Stadt Fulda im Bereich Integration.

Mit freundlichen Grüßen



**Pierre Lamely**  
- Fraktionsvorsitzender -



**Frank Schüssler**

- stellv. Fraktionsvorsitzender

---

<sup>2</sup> Antwort des Magistrats vom 14.04.2022, dort Ziffer 2.), auf kl. Anfrage der AfD-Fraktion vom 24.03.2022

214



## Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1



Fulda, 18.03.2025

36037 Fulda

### Antrag auf wiederverwendbare Mehrwegbecher bei Großveranstaltungen

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Prüfung eines Konzepts zur Einführung von wiederverwendbaren Mehrwegbechern bei Großveranstaltungen wie dem Rosenmontagszug, Hessentag, etc.

#### Begründung:

Beim diesjährigen Rosenmontagszug waren zum Getränkeverkauf wieder Tausende von Plastikbechern im Einsatz, obwohl der Einsatz von Plastikbechern eigentlich nicht erlaubt ist. Es gibt inzwischen erprobte Mehrweg-Konzepte von Firmen, die auch schon bei vielen anderen Großveranstaltungen im Einsatz sind. Beispielhaft nennen wir die Getränkeversorgung in Fußballstadien oder bei Musikfestivals.

Ein großer bundesweit agierender Anbieter ist z. Bsp. die Firma Cup-Concept in Langen. Wir beantragen die Prüfung und ggf. die Einführung eines solchen Pfandsystems bei Großveranstaltungen in Fulda. (Romo, Stadtfest, Hessentag etc.)

Die Stadt Fulda könnte Becher mit Logos beschaffen und gegen Gebühr oder Pfand an die Veranstalter ausgeben. Die Herstellerfirmen von solchen Mehrwegbechern bieten auch die professionelle Reinigung der Becher und ggf. Einlagerung der Becher bis zum nächsten Einsatz an.

Bei einer ansprechenden Gestaltung der Becher, könnten diese auch von den Benutzern als Souvenir- und Marketingartikel vermarktet werden.

i.V. Ernst Sporer  
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
der Stadtfraktion Fulda



215



## Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1



Fulda, 18.03.2025

36037 Fulda

### Antrag Einrichtung von Naschpyramiden in der Innenstadt

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, nach dem Vorbild der Stadt Limburg ein Konzept für die Einrichtung von „Naschpyramiden“ in der Innenstadt zu entwickeln. Die Naschpyramiden werden mit einer Vielfalt an Gemüse, Obst und Kräutern bepflanzt, die zum Naschen einladen.

Ein Versuchsprojekt könnte bereits in diesem Jahr gestartet werden. Zum Hessentag 2026 könnten dann an mehreren Standorten in der Innenstadt solche Naschpyramiden (bzw. „Neiselpyramiden“, wie die Fuldaer sagen würden) aufgestellt werden, um die Stadt noch attraktiver und lebenswerter zu machen.

#### Begründung:

Die bepflanzten Pyramiden tragen neben den bereits bestehenden Blumenpyramiden zur Begrünung und ästhetischen Aufwertung unserer Innenstadt bei. Die Naschpyramiden bieten insbesondere Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, sich mit dem Anbau und der Vielfalt von Nutzpflanzen vertraut zu machen. Das Naschpyramiden-Projekt kann Teil eines attraktiven Angebots zum Hessentag werden und sollte auch in den Folgejahren weitergeführt werden.

Mehr Grün in der Stadt trägt zur Verbesserung des Mikroklimas bei und hilft, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Durch die Anpflanzung verschiedener Obst-, Gemüse- und Kräuterarten wird die biologische Vielfalt in der Stadt gefördert.

Das erfolgreiche und seit fünf Jahren bestehende Beispiel der Stadt Limburg zeigt, dass solche Projekte sowohl von der Bevölkerung als auch von Touristinnen und Touristen sehr gut angenommen werden und einen positiven Beitrag zur Stadtentwicklung leisten können.

Beate Tillmann-Mohr

i.V. Ernst Sporer  
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
der Stadtfraktion Fulda

216



**Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



Fulda, 18.03.2025

**Berichts Antrag zu Fachkräften in der Region Fulda**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt einen Bericht zum Thema Fachkräfte in der Region Fulda als Teilbereich der Wirtschaftsförderung im Ausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Verkehr.

**Begründung:**

Das Thema Fachkräfte ist zentral für den Wirtschaftsstandort Fulda und wurde zuletzt in der gemeinsamen Sitzung der Wirtschaftsausschüsse von Landkreis und Stadt Fulda am 12.09.2024 thematisiert. Dabei sollen u.a. die Ressourcen und Projektinhalte der „Fachkräftestrategie“ sowie Herausforderungen und nächste Schritte dargestellt werden. Welche Unterstützung kann Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften angeboten werden?

Steffen Pichl

i.V. Ernst Sporer  
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
der Stadtfraktion Fulda

217

# Antrag der AfD-Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
Eing.: 18. März 2025

AfD · Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

AfD Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

**Frank Schüssler**  
(stellv. Fraktionsvorsitzender)

[frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de](mailto:frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

18.03.2025

## **Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zu Verträgen und Förderungen des Vereins „Fulda stellt sich quer e.V.“ durch die Stadt Fulda**

Die AfD-Fraktion beantragt:

**Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,**

**die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschuss gemäß § 50 Absatz 2 HGO.**

**Gegenstand des Ausschusses sind:**

**alle vertraglichen Beziehungen der Stadt Fulda mit dem Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“, sowie alle entsprechenden Förderprojekte im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ oder anderer Förderungen im Zeitraum 2019 – 2024 sowie 2025, soweit diese bereits abgeschlossen sind.**

### Begründung:

Der Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“ stellt sich zunehmend als politisches Vorfeld dar, welcher öffentlich gezielt einseitig agiert. Im Bundestagswahlkampf wurde diese politische Ausrichtung des Vereins erneut deutlich, obwohl der Verein als Empfänger öffentlicher Fördermittel zur politischen Neutralität verpflichtet sein sollte.

Es ist daher dringend zu prüfen, ob der Verein hier die notwendige Distanz zwischen öffentlichem Interesse und „überparteilichem Anspruch“, wahrt.

Insbesondere muss geprüft werden, dass keine staatlichen Fördermittel über den Umweg des Vereins zu einer Förderung von einzelnen Parteien missbraucht wurden. Seit 2019 hat „Fulda stellt sich quer“ insgesamt 144.366 Euro aus dem Programm „Demokratie leben!“ erhalten und steht dadurch mit großem Abstand an der Spitze der Fuldaer Förderpyramide.

Mit freundlichen Grüßen

  
**Pierre Lamely**  
- Fraktionsvorsitzender -

  
**Frank Schüssler**  
- stellv. Fraktionsvorsitzender